



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/222 - 1.10.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Das Ergebnis von London	S. 1
Erich Ollenhauer über Andreas Gayk	S. 3
50 Jahre sozialistische Arbeiterjugend	S. 5
Zum bevorstehenden Kongress des DGB	S. 7

## Am der Kernfrage vorbei

sp. Über der Londoner Konferenz stand von Anfang an das Gebot der Eile. Ihr endgültiges Ergebnis liegt in diesem Augenblick noch nicht vor, wohl aber kann man die Grundzüge der Vereinbarungen einigermaßen klar erkennen.

Wenn man fragt, ob London ein Erfolg war oder nicht, so wird man davon auszugehen haben, dass die Konferenz nach dem Willen ihrer Einberufener eine Ersatzlösung für die gescheiterte EVG ausarbeiten sollte. Man legte sich in einer Art selbst gewählter Klausur, mit der festen Absicht "etwas zustande zu bringen". Das ist im gewissen Umfang gelungen: Die britische Zusicherung, Truppen zwischen Rhein und Elbe im gegenwärtigen Umfang für absehbare Zeit zu belassen, die Aufnahme Westdeutschlands und Italiens in den abgeänderten und erweiterten Brüsseler Pakt von 1948, die prinzipiellen Abmachungen über Beistandspflicht, Rüstungskontrolle und Beibehaltung gewisser supranationaler Restbestände (ein Kompromiss zwischen dem Standpunkt des französischen Außenministers und den EVG-Anhängern) - diese Vereinbarungen beweisen das.

Die öffentliche Berichterstattung trägt auch diesmal wieder viele widerspruchsvolle und überschwengliche Züge. Wenn man bedenkt, wie oft und wie gründlich solche Übertreibungen und Maßlosigkeiten in vergangenen Jahren durch die Wirklichkeit widerlegt wurden, kann man sich darüber nur wundern. Auch in Zukunft wird Entscheidendes davon abhängig sein, mit welchen konkreten Bestimmungen man den schnell zusammengezimmerten Rahmen ausfüllen will. Man muss sich darüber klar sein, dass Wert oder Unwert auch dieser internationalen Zusammenkunft weitgehend von den Sachverständigenbeschlüssen über die Einzelheiten abhängen. Jedenfalls lassen jetzt schon manche Hinweise auf die Drei-Zonen-Einteilung für die Rüstungsproduktion auf bedenkliche Absichten in Zuständigkeitsfragen bei der vorgesehenen internationalen Rüstungs- und Truppenkontrolle und andere ein Gestrüpp von Unklarheiten erkennen.

Eines ist gewiss erreicht: Die im Hinblick auf die Novemberwahlen in den USA dringend notwendige Stärkung der republikanischen Administration, in Sonderheit des Außenminister Dulles, der heftigsten Angriffen ausgesetzt war, ehe er nach London ging - und für den ein offenkundiges Scheitern dieser Konferenz eine unmittelbare Gefahr seiner Stellung bedeutet hätte. Gemessen an den ursprünglichen amerikanischen Absichten in Europa bleibt freilich auch die Londoner Lösung, soweit sie sich abzeichnet, ein Rückschlag, weil das Maß des künftigen amerikanischen Einflusses bei dieser Lösung geringer sein dürfte, als es bei der Verwirklichung der EVG gewesen wäre. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig, zu sagen, dass der britische Außenminister den stärksten Beitrag für das Zustandekommen der Londoner Abmachungen geliefert hat, sowohl im Stadium der Vorbereitung der Konferenz wie bei ihrem Ergebnis.

Von der Gewährung einer "vollen Souveränität" an die Bundesrepublik kann auch nach dieser Konferenz nicht die Rede sein. Für den Bundeskanzler muß dies schmerzlich und enttäuschend sein, wobei es eine andere Frage ist, wie weit eine solche Souveränität für einen Teil Deutschlands vertretbar oder nur wünschenswert wäre - eben im Hinblick auf die Deutsche Wiedervereinigung.

Damit kommt man zum Wesentlichen. Nach dem Ende der EVG - das hat die SPD immer wieder nachdrücklich erklärt - kam es darauf an, einen neuen Anfang zu machen, sich nicht mit einer Ersatzlösung auf militärischem Gebiet zu begnügen. Neuer Anfang aber hätte heißen müssen: neuer politischer Anfang und das wieder bedeutet Entwurf einer großzügigen, von überholten und widerlegten Vorstellungen und Bindungen freien Konzeption. In ihrem Mittelpunkt hätte die Erkenntnis stehen müssen, dass die beiden unlösbar miteinander verbundenen Kernstücke der ganzen Problematik, die deutsche Wiedervereinigung und die deutsche und europäische Sicherheit, sozusagen in einem Arbeitsgang anzupacken sind.

London hätte bei gutem Willen und auch bei der vorgesehenen Tagesordnung durchaus die Möglichkeit geboten, hier zumindest intern zwischen den Westmächten diese Frage in irgendeiner Form abzuklären oder vorzuordnen. Das ist wieder nicht geschehen, man hat sich ausschließlich mit militärischen Fragen befasst. So ist das schwankende Gerüst einer Ersatzlösung für die EVG mit Kompromißcharakter zwischen dem supranationalen und dem Koalitions-Prinzip das einzige Ergebnis dieser Konferenz. Auf dem Wege zur Lösung der zentralen politischen Frage, der Wiedervereinigung Deutschlands nach einer Verständigung mit der Sowjetunion, bedeutet sie keinen Schritt vorwärts.

Ein schwer ersetzbarer Verlust

Von Erich Ollenhauer, 1. Vorsitzender der SPD

Andreas Gayk ist gestorben. Wenige Tage vor der Vollendung seines 61. Lebensjahres ist er von uns gegangen. Seine Freunde wußten seit langem um die Schwere seiner Erkrankung, aber trotzdem trifft uns die Nachricht von seinem Tode wie ein schwerer Schicksalsschlag, der uns mit tiefer Trauer erfüllt.

In Andreas Gayk verliert die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer hervorragenden Repräsentanten und die Stadt Kiel ihren Oberbürgermeister. Was Ernst Reuter, der genau vor einem Jahr so plötzlich und unerwartet aus unserer Mitte gerissen wurde, für Berlin bedeutete, und was die Bevölkerung der Stadt Dortmund in Fritz Henssler verlor, das war Andreas Gayk für die Stadt Kiel. Ein Kind dieser Stadt, mit ihrer Arbeiterbewegung von Kindheit an aufs engste verbunden, ging Andreas Gayk nach dem Ende des zweiten Weltkrieges mit der ihm eigenen Energie und Phantasie an den Wiederaufbau eines großen Trümmerfeldes.

Es waren harte Jahre. Es gab Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Die Not des Landes, die Widerstände der Besatzungsmacht, das Problem, in dieser Stadt neue Grundlagen für eine ausreichende Friedensproduktion zu schaffen, alles das stellte sich dem Aufbauwillen sozialdemokratischer Kommunalpolitik entgegen. Andreas Gayk als der von allen anerkannte Oberbürgermeister der Stadt meisterte sie. Noch sind nicht alle Spuren der Katastrophe beseitigt, aber es gibt ein neues Kiel, ein neues städtebauliches und ein neues politisches und geistiges Kiel.

Die "Kieler Woche", einst das Symbol des alten Deutschlands, der Verherrlichung einer Machtpolitik, ist in den letzten Jahren durch Andreas Gayk zum Symbol der europäischen, vor allem der nordischen Verständigung geworden, geboren aus dem Geist der Freiheit, der Kultur und der Menschenwürde. So wuchs die kommunalpolitische Leistung Andreas Gayk' hinaus zu einer der Manifestationen des Willens des deutschen Volkes zu einer neuen, freien und friedlichen Ordnung in Deutschland und Europa.

Der frühe Tod hat die Vollendung dieser Aufgabe verhindert, aber in den letzten Tagen seines Lebens erlebte Andreas Gayk noch die Genugtuung einer Anerkennung seiner Leistungen in den Resultaten der Landtags-

wahl. Sein Wahlkreis in Kiel wählte ihn mit absoluter Mehrheit in den neuen Landtag.

Andreas Gayk war mehr als ein entschlossener, vorwärtsdrängender Kommunalpolitiker. Er war zugleich und mit seinem ganzen Wesen ein politischer Mensch, für den die innere Verbundenheit und die fruchtbare Wechselwirkung zwischen kommunalpolitischer Selbstverwaltung und der lebendigen Gestaltung einer demokratischen und sozialen Ordnung des Staates zu einer zentralen Vorstellung seines Wirkens geworden war. So sahen wir ihn 1945 in den vordersten Reihen beim Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und auf dem ersten Parteitag in Hannover im Mai 1946 wurde er in den Parteivorstand gewählt. Seine Mitgliedschaft in dieser höchsten Körperschaft der Partei war unbestritten und seine Verbundenheit mit der Gesamtpolitik der Partei unlösbar.

Mit Kurt Schumacher verband ihn von der ersten Begegnung an eine enge Freundschaft und eine tiefe Übereinstimmung in der Grundvorstellung, dass die neue Sozialdemokratie vor die geschichtliche Aufgabe gestellt ist, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und seine grundlegende Neuordnung im Sinne einer sozialen Demokratie, die alle Menschen von Furcht und Not befreit, zu verwirklichen. Andreas Gayk vertrat seine Meinung leidenschaftlich und unter Einsatz des ganzen Menschen, aber die besondere Prägung erhielt seine Persönlichkeit durch ihren Willen, das Neue nicht nur in starken Worten zu fordern, sondern in harter Arbeit zu gestalten.

Dabei ist in dem Politiker und Kommunalpolitiker der junge Andreas Gayk als Pädagoge und Erzieher nie untergegangen. Er wußte aus dieser Erziehungsarbeit um die Bedeutung der Persönlichkeit im Ringen um die neue demokratische und sozialistische Gesellschaft. Er wußte, dass ein dauernder Erfolg in der Politik nicht möglich ist, wenn er nicht getragen wird von ganzen Menschen, gleichermassen vom Wissen, Willen und Herz.

Die Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterbewegung und die moderne Kommunalpolitik haben durch den Tod von Andreas Gayk einen schweren Verlust erlitten, der nur sehr schwer ersetzt werden kann. Andreas Gayk wurde allzufrüh aus seinem Werk gerissen, aber seine Leistungen und sein Vorbild werden weiterwirken, und wir, seine Freunde und Mitstreiter, werden sein Andenken in Ehren halten.

### Der Weg der Arbeiterjugendbewegung

Es waren Lehrlinge, die im Herbst 1904 in Berlin die erste Arbeiterjugendgruppe bildeten. Es war der junge Rechtsanwalt Ludwig Frank, der im gleichen Jahr Arbeiterjungen und Arbeitermädels in Mannheim und bald darauf in vielen Städten Süddeutschlands um sich scharte.

H.V. Die Jahrhundertwende kannte keinen wirksamen Jugendschutz. Ein wirksames Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit fehlte. Die gesundheitlichen Verhältnisse in den Fabriken waren katastrophal. Die Jugendlichen waren eine billige Konkurrenz gegenüber den erwachsenen Arbeitern. Sie waren Ausbeutungsobjekt der Fabrikherren und den körperlichen Züchtigungen durch ihre Lehrmeister ausgesetzt. Diese Unfreiheit, dieses Sklavendasein in materieller und geistiger Not - dargestellt an dem Freitod eines mit blutigen Striemen bedeckten Lehrlings im Berliner Grunewald - gaben den Anlass zur Gründung der Arbeiterjugendbewegung.

Sich bilden, kampffähig werden, sich einen Raum für ein freies und frohes Leben in jugendlicher Gemeinschaft zu schaffen, gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern die Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden, war ihr Ziel. Kein Gesetz, keine staatliche Ordnungsmacht, keine Kirche und keine Partei half ihnen dabei. Im Gegenteil, das Gesetz stand gegen sie und verbot den politischen Zusammenschluß Jugendlicher. Erst später griffen die Sozialdemokratische Partei und dann die Gewerkschaften ihr Anliegen auf, und sie standen gemeinsam gegen eine Welt von Feinden.

#### Viel wurde erreicht

Und heute? - Es gibt Gesetze, die die jugendliche Arbeitskraft unter besonderen Schutz stellen. Es gibt Maßnahmen und Regelungen zur staatlichen Hilfestellung für die freigewordene Jugendarbeit. In wesentlichen Teil Deutschlands und in Berlin gibt es das Recht für junge Menschen, sich unter politischen Zielsetzungen zu organisieren. Der Lebensstandard der arbeitenden Menschen konnte im Vergleich zur Ausgangssituation gesteigert werden.

Dies alles kam nicht von allein. Ein harter und zäher Kampf in 50 Jahren, mit Rückschlägen gepflastert, mit wenigen schwer errungenen Erfolgen liegt dazwischen. Position auf Position, Gesetz auf Gesetz mußte erobert werden. Die treibende Kraft dabei war die Arbeiterjugend selbst.

Anstelle des Aufbruchs der Jugendbewegung steht heute der klar gegliederte Verband. Er ist kräftig und selbstbewußt. Die Fülle seiner Aufgaben geht über den ganzen Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Neben dem erzieherischen Bemühen der Mädel und Jungen in ihren Gruppen steht das erzieherische Anliegen der Sozialisten, den Menschen der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung zu formen. Neben der intensiven Bildungsarbeit steht das bewußte politische Handeln zur Verbesserung der Lebenssituation der jungen Menschen unseres Landes. Neben dem frohen Spiel und Sport steht das starke Wollen zu internationaler Verständigung und der Kampf gegen den Krieg. Die nach 1945 begonnene Kombination des pädagogischen und des jugendpolitischen Bemühens in einem Verband mit seinen altersmässig gegliederten Teilen Falken, Rote Falken und Sozialistische Jugend prägt das neue Gesicht und hat den Verband zu einem bestimmenden Faktor im erzieherischen und jugendpolitischen Bereich gemacht.

#### Neue Aufgaben stehen bevor

Aber die durch Kampf und harte Arbeit erreichte, gegenüber der Jahrhundertwende verbesserte Lage der jungen arbeitenden Menschen entspricht nicht mehr den heutigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Und vor allem - die Sehnsucht der Aufbruchsgeneration nach der neuen, sozial gerecht geordneten Form des menschlichen Zusammenlebens in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung blieb unerfüllt. Noch immer bestimmt das Profitinteresse den Gang der Wirtschaft, noch immer existieren die Bildungsprivilegien, noch immer glaubt die herrschende Schicht, den Frieden in der Welt durch möglichst viele eigene Divisionen "sichern" zu sollen, verstärkt ist die Verdummung und Verflachung des privaten Lebens der Menschen durch eine sich auf immer neue Gebiete erstreckende, vom Profitinteresse bestimmte Kulturindustrie.

Ein verbessertes Jugendarbeitsschutzgesetz ist erforderlich. Ein Berufsausbildungsgesetz fehlt völlig. Der gesetzliche Kündigungsschutz ist offensichtlich jugendfeindlich. Die Einhaltung der bestehenden Schutzgesetze ist nicht gewährleistet. Vor dem deutschen Schulchaos muß man

beschämt die Augen niederschlagen. In manchen Gebieten Deutschlands will man sogar die Lehrerbildung konfessionell aufspalten. Die Fülle der für die Jugend zu lösenden Aufgaben ist übergroß. Wieder ist der sozialistische Jugendverband die treibende Kraft. Zwar hat er Bündnispartner in den Lagern anderer Jugendverbände gewonnen. Die restaurativen Kräfte aber, die heute das westdeutsche Teilstaatswesen regieren, stehen dem Verlangen und den Notwendigkeiten hemmend entgegen.

#### Unveränderte Zielsetzung

So wird deutlich, dass sich die sozialistische Jugendarbeit durch die Pährnisse der Zeit und die Gestaltungskraft ihrer Mitarbeiter zwar in der Form ihres Zusammenschlusses und in der Methodik ihres erzieherischen Tollens verändert hat, aber in den Grundzügen ihres Tollens, ihrer Zielsetzung unverändert geblieben ist. Heute wie damals gilt es, den jungen Menschen aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Objektbehandlung zu befreien, ihn zu einem gleichberechtigten Glied einer gerecht geordneten Gesamtgesellschaft zu machen, deren besonderen Schutz er in der Zeit seiner geistigen und körperlichen Reifung genießen muß. Sozialismus, das war 1904 die ferne, leuchtende Sonne. Seine Verwirklichung lag noch nicht im Bereich des Möglichen. Sozialismus, das ist heute - trotz der starken Gegenkräfte, trotz der nach dem Krieg begonnener Periode der Restauration - Gegenwartsaufgabe, die die junge Generation gemeinsam mit der gesamten kämpfenden Arbeiterbewegung lösen will und lösen muß.

+ + +

#### Das Parlament der sechs Millionen

R.D. In Frankfurt werden vom 4. - 9. Oktober 400 Delegierte der Gewerkschaften mit dem Gewicht des Auftrages von je 15.000 Mitgliedern die Probleme der westdeutschen Arbeitnehmer beraten. Es tagt der Dritte ordentliche Bundeskongress des DGB.

Seit dem 2. ordentlichen Kongress in Berlin 1952 hat sich die wirtschaftliche, soziale und die politische Landschaft erheblich verändert. Der Zug zur Restauration der liberal-kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung eines vergangenen Jahrhunderts hat sich verstärkt und wird auch durch die sozialen Korrekturen früherer Erfolge der Gewerkschaften - z.B. der Mitbestimmung in Kohle und Stahl - nicht

abgeschwächt. Diese sozialen Korrekturen unterliegen gegenwärtig selbst verstärkt dem Gegendruck der liberalkapitalistischen Restauration; man strebt mit den Mitteln der politischen Macht, der Gesetzgebung, der Justiz und der Rechtswissenschaft nach dem Abbau aller Konzessionen, die den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften in den ersten Tagen des Wiederaufbaues und der privatwirtschaftlichen Schwäche gemacht wurden. Hier wiederholt sich das Spiel der Jahre nach 1918.

Fraglos haben die Gewerkschaften und die Gewerkschafter dieses Spiel und seine gesellschaftspolitischen Konsequenzen erkannt. Fraglich bleibt, ob sie ihre eigene gesellschaftspolitische Machtposition erkennen und gewillt und mutig genug sind, ihre Kraft unverzettelt und im richtigen Moment anzuwenden. Anzuwenden nicht nur um sich zu behaupten, sondern um den gesellschaftlichen, den sozialen Fortschritt zu garantieren. Um diesen zentralen Punkt kreisen die Beschlüsse von Frankfurt.

Im einzelnen heißen die Probleme:

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von jedem Äusseren, auch staatlichen Einfluß. Hier sei an den Versuch sogenannter "christlicher Gruppen" erinnert, auf außerstatutarischem Wege in die Gewerkschaften einzudringen, in Konsequenz der veränderten politischen Situation nach den Wahlen von 1953.

Die Stellung der Gewerkschaften im Rechtsstaat, der weitgehend ein politisch rechtsorientierter Staat zu werden droht. Hier geht es um die Wahrung des Koalitionsrechtes, das durch Parteien, Gesetzgebung und Justiz im rechtlichen Sinne und durch Unternehmerwillkür im praktischen Sinne gefährdet ist.

Die Rechtsstellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist die Frage der Mitbestimmung, der gesellschaftsrechtlichen Partnerschaft der Arbeitnehmer in allen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen, die die Klassenstellung der Arbeitnehmer mindern sollte. Die gegenwärtige politische Mehrheit redet zwar gern über Partnerschaft, strebt in Praxis aber ihrem Abbau zu.

Der Anteil der Arbeitnehmer an der gesellschaftlichen Gütererzeugung (Sozialprodukt). Diese Frage drückt sich sowohl in der Forderung nach höheren Löhnen für die Arbeitenden, wie nach besseren sozialen Leistungen für die nicht Arbeitsfähigen, als auch in der Forderung nach verkürzter Arbeitszeit aus. Über diese Fragen der Einkommensverteilung hinaus stellt sich unter diesem Punkt der Verhandlungen aber auch erneut die Frage der Eigentumsverteilung. Wie ist deutlicher geworden als in diesen Nachkriegsjahren, dass sich Eigentum in der Gesellschaft allein aus Arbeit und seine Verteilung in ihr aus machtpolitischen Verhältnissen ergibt.

Und hier stellt sich das Diskussionsthema des Kongresses: Hat der DGB seiner Stärke entsprechend funktioniert, hat er in richtiger Einschätzung seine Position geschützt, seine Ziele gesteckt und zu erreichen gesucht? War der Weg der "Verständigung", des Kompromisses, oder der Koordinierung der vorhandenen Kräfte zu gehen? Die Antwort auf diese Fragen bestimmt den kommenden Kurs.

Kein Zweifel, die Erfahrung der vergangenen Jahre hat starke Gruppen in den Gewerkschaften weniger kompromissfreudig gemacht. Sie wünschen jetzt einen Zeitplan mit fest umgrenzten realen Nahzielen, ein Aktionsprogramm der Gewerkschaften, das für alle verpflichtend ist. Sie wünschen Besinnung auf die eigene geschlossene Kraft. Der Kongress muß entscheiden. Mindestens sechs Millionen werden voll Hoffnung auf ihn blicken. In dieser Hoffnung möge er selbst seine Verpflichtung sehen...